



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 21. Februar 2017
(OR. en)

6265/17

SOC 87
EMPL 57
ECOFIN 87
EDUC 42

VERMERK

Absender: Vorsitz

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Europäisches Semester 2017: Verbesserung des Zugangs zur
Beschäftigung und Verringerung der Unterschiede innerhalb der EU
– Orientierungsaussprache

Im Hinblick auf die Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 3. März 2017 erhalten die Delegationen anbei einen Orientierungsvermerk des Vorsitzes zum obengenannten Thema.

Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung und Verringerung der Unterschiede innerhalb der EU

Europäisches Semester – Orientierungsaussprache

Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz), 3. März 2017

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2008 ausbrach, hat nicht alle Mitgliedstaaten in gleicher Weise getroffen. In einigen Ländern wurden die Auswirkungen der Krise durch strukturelle Schwächen und Ungleichgewichte, die sich in den Jahren vor der Krise aufgebaut haben, noch verstärkt. Durch die Krise wurde offenkundig, dass in den am schwersten betroffenen Ländern die Rahmenvorgaben für Sozialfürsorge und Sozialpolitik nicht geeignet waren, einer anhaltenden Belastung standzuhalten. Seit Beginn der Krise wurden daher einige Reformen durchgeführt, um die bestehenden politischen Rahmenbedingungen zu modernisieren und die Anpassungsfähigkeit der europäischen Arbeitsmärkte zu verbessern. Die Aufmerksamkeit richtet sich zunehmend darauf, die sozialpolitischen Maßnahmen, die Besteuerung des Faktors Arbeit und die gesamten Rahmenbedingungen des Arbeitsmarkts so umzugestalten, dass die Widerstandsfähigkeit nationaler Sozialsysteme gestärkt wird.

Seit kurzem haben die Unterschiede in Bezug auf die Erwerbsquote angefangen, sich zu stabilisieren und umzukehren; so zeigt sich in den Ländern, die am stärksten von der Krise getroffen sind, ein Anstieg des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung. Dennoch bestehen nach wie vor nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Mitgliedstaaten große Unterschiede, wobei die Zahlen je nach Geschlecht, Alter, Bildungsstand oder sozioökonomischer Herkunft erheblich voneinander abweichen.

Eine hohe Erwerbsquote ist nicht nur eine Frage der Chancengleichheit, Gerechtigkeit oder wirtschaftlichen Unabhängigkeit, sondern auch ein wirtschaftlicher Imperativ, da Nichterwerbstätigkeit vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen, einer alternden Bevölkerung und des daraus resultierenden Rückgangs der Erwerbsbevölkerung eine Nichtausschöpfung des Potenzials an Humanressourcen darstellt.

Der Zugang zur Beschäftigung hängt von einer Reihe von Faktoren ab, zu denen der jeweilige Stand der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftswachstum, Regelungsrahmen, Sozialversicherungsvorschriften einschließlich Arbeitslosenunterstützung, Qualifikationsniveau und Qualität der Bildung, Effizienz der Unterstützung bei der Arbeitssuche und anderer unterstützender Dienstleistungen, aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einschließlich Lohnergänzungsleistungen sowie Kinderbetreuung und andere Betreuungsdienste gehören.

Politische Maßnahmen in einigen Politikbereichen können entweder allgemein angelegt oder auf bestimmte Zielgruppen gerichtet sein, um die größte Wirksamkeit zu erreichen. Das Spektrum der politischen Maßnahmen ist breit und umfasst den Zugang zu erschwinglichen und hochwertigen Dienst- und Sachleistungen (wie Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege sowie die Möglichkeit flexibler Regelungen zugunsten der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und angemessene Urlaubsregelungen); den Zugang zu modernen und hochwertigen Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung einschließlich beruflicher Weiterbildung und lebenslangen Lernens zum Erwerb der Kompetenzen, die zur Anpassung an derzeitige und künftige Anforderungen des Arbeitsmarkts erforderlich sind; eine wohlkonzipierte Besteuerung des Faktors Arbeit; wirksame öffentliche Arbeitsverwaltungen; wirksame aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen; sowie die Erreichbarkeit der Arbeitsstätten und der Arbeitsumgebung.

Mit Blick auf die Zukunft müssen bei der Konzeption arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen nicht nur kurzfristige, mit makroökonomischem Druck zusammenhängende Erwägungen, sondern auch die Bedürfnisse einer sich wandelnden Welt berücksichtigt werden. Neue Technologien bringen sich verändernde wirtschaftliche Strukturen mit sich; Arbeitgeber sind auf der Suche nach neuen Kompetenzen und legen mehr Wert auf Unternehmergeist und atypische Verträge.

Auf Märkten, wo mit weniger Arbeitsplatzsicherheit gerechnet werden muss, sind Kompetenzen umso wichtiger. Um auch die soziale Stabilität und Widerstandsfähigkeit in unserer Gesellschaft zu gewährleisten, ist es von entscheidender Bedeutung, über die Angemessenheit von Sozialversicherungssystemen wie auch über deren Finanzierung nachzudenken. Vor dem Hintergrund einer allgemeinen Tendenz hin zu mehr Flexibilität stellen sich wandelnde Einstellungen zur Arbeit – mit mehr Kurzzeitverträgen, atypischen Verträgen und der Vergabe von Unteraufträgen – neue Herausforderungen in Bezug auf die Sozialversicherung und die Besteuerung dar. Die Herausforderung wird darin bestehen, sicherzustellen, dass mehr Flexibilität bei den Arbeitsverträgen und atypische Verträge nicht zu weniger Sicherheit und geringeren Investitionen in Kompetenzen führen, um eine mittel- bis langfristige Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit zu verhindern.

Die Bewertung des Europäischen Semesters seit 2011 und der länderspezifischen Empfehlungen zeigt, dass die größten Fortschritte bei Reformen im Zusammenhang mit Investitionen in Kompetenzen, Maßnahmen für die Teilhabe am Arbeitsmarkt und Rechtsvorschriften zum Beschäftigungsschutz erreicht wurden. Diese Bereiche zeigen über die Jahre hinweg relativ hohe durchschnittliche Umsetzungsquoten bei den länderspezifischen Empfehlungen. Im Vergleich mit den genannten Bereichen weisen die Bereiche Besteuerung des Faktors Arbeit, aktive Arbeitsmarktpolitik und soziale Inklusion einen gewissen Rückstand auf.

Es ist wichtig, die Dynamik der Reformen aufrechtzuerhalten und deren richtige zeitliche Abfolge sicherzustellen. Ein stärkeres Bewusstsein für die Verteilungswirkung von Reformen kann zu Reformkonzepten führen, mit denen die kurzfristigen Kosten minimiert werden. Zusammen mit einer guten Kommunikation und Transparenz in Bezug auf die zu erwartenden Kosten und den beabsichtigten Nutzen von politischen Maßnahmen könnte dies maßgeblich zur Steigerung der allgemeinen Akzeptanz von Reformen und der gemeinsamen Verantwortung dafür beitragen.

Sozialer Dialog ist ein Schlüsselement erfolgreicher Wirtschafts- und Sozialreformen. Die Sozialpartner sind am besten in der Lage, die Bedürfnisse der Arbeitnehmer und der Industrie zu verstehen und ihre Interessen bei wichtigen Reformen zu verteidigen, was zur Legitimierung von Reformen beiträgt.

Vor diesem Hintergrund werden die Minister ersucht, sich mit folgenden Fragen zu befassen:

- 1. In welchen Bereichen sind mit Blick auf die Zukunft Reformen zur Steigerung der Erwerbsquote am dringendsten? Welche Strategien sind erforderlich, um einen anpassungsfähigen und dynamischen Arbeitsmarkt zu gewährleisten?*
- 2. In welchen Bereichen können Mitgliedstaaten bei der Konzeption und Durchführung von Reformen voneinander lernen und sich gegenseitig beraten?*
- 3. Welche Rolle sollte die integrierte Bewertung der Europäischen Kommission dabei spielen? Was kann bzw. sollte unternommen werden, um andere Akteure, einschließlich der Sozialpartner, besser in diesen Prozess einzubeziehen?*